

Nationale Reserve

Ergebnisbericht 6.1E:

Fallstudiendokumentation

Alexandra Anderluh, Zahra Mesbahi (USTP)
Hannes Pöcklhofer (HP)

Datum: 31.01.2026

Das Projekt „Nationale Reserve“ wird gefördert bzw. finanziert im Rahmen des Programms KIRAS durch das Bundesministerium für Finanzen und von der Österreichischen Forschungsförderungsgesellschaft abgewickelt.



Inhalt

1	Einleitung.....	3
2	Methodik.....	4
2.1	Fallstudien.....	4
2.2	Online-Umfrage.....	5
3	Ergebnisse.....	6
3.1.1	Daten zu den Fallbeispielgemeinden.....	6
3.1.2	Krisenvorbereitung und Umgang mit Krisen in den Fallbeispielgemeinden	7
3.1.3	Bevorratungssituation in österreichischen Haushalten	8
4	Zusammenfassung.....	15
	Anhang	16

1 Einleitung

In diesem Bericht werden zunächst die Erkenntnisse aus den **Fallstudien** dargestellt, die den unterschiedlichen Umgang mit Lebensmittelkrisen im ländlichen sowie im urbanen Raum aufzeigen. In weiterer Folge werden die wesentlichen Erkenntnisse aus der **Umfrage** zu Lebensmittelvorräten in österreichischen Haushalten erläutert, die mit einer Stichprobengröße von $n=996$ durchgeführt wurde.

Der Bericht ist im Rahmen des **KIRAS-Forschungsprojekts „Nationale Reserve“** entstanden. Wesentliche Aufgabe des Projekts ist es, bis Anfang 2026 Informationsgrundlagen für eine mögliche Entscheidung zu erstellen, ob in Österreich eine nationale Reserve an Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Betriebsmitteln aufgebaut werden soll.

Der vorliegende Bericht ist ein Ergebnis aus dem Arbeitspaket 6 und dient der Validierung der bisherigen Projekterkenntnisse.

2 Methodik

Es wurde sowohl ein Fallstudienansatz als auch eine für Österreich repräsentative Online-Umfrage als methodischer Zugang gewählt

2.1 Fallstudien

Der Fallstudienansatz zielt darauf ab, die Vorbereitung selektierter österreichischer Gemeinden auf eine Krise mit stark eingeschränkter Lebensmittelversorgung sowie die potenziellen Handlungsstrategien der Gemeinden im Krisenfall zu untersuchen. Das gewählte Szenario fokussiert sowohl auf einen kurzfristige, drei bis fünf Tagen, als auch einen längerfristigen Engpass von drei bis vier Wochen, wobei die spezifische Krisenursache nicht im Mittelpunkt der Fallstudien steht. Der Schwerpunkt liegt auf den strukturellen und organisatorischen Reaktionsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene.

Darüber hinaus liegt der Fokus auf unterschiedlichen Versorgungsszenarien, welche die logistischen Prozesse je nach Lagerstrategie (ländlich vs. urban) beleuchten sollen. Hierzu zählen die Nutzung von Containern in der Gemeinde, eine vertragliche Erhöhung der Mindestbestände im Lebensmitteleinzelhandel oder Produktion und die Einrichtung eines Zentrallagers.

Um die Resilienz in unterschiedlichen Siedlungsstrukturen zu bewerten, wurden exemplarische Testgemeinden herangezogen, die nicht repräsentativ für ganz Österreich sind, aber durch die Einbeziehung einer Großstadt (Linz, ca. 214.000 EW) und einer ländlichen Gemeinde (St. Martin (NÖ), ca. 1.000 EW) die Mehrheit der Gesamtbevölkerung abdecken.

Im Rahmen der Fallstudien wurden nach einer Datenrecherche zur strukturellen Beschreibung der beiden Gemeinden Interviews mit kommunalen Vertreter*innen der ausgewählten Gemeinden durchgeführt, um folgende Themenfelder zu adressieren:

1. **Krisenmanagement und Planung:**
 - a. Wie die Gemeinden ihr Krisenmanagement hinsichtlich der Lebensmittelversorgung organisieren und
 - b. Welch bestehenden Pläne (Notfall- und Katastrophenschutzpläne) es gibt und wie aktuell diese Pläne sind.
2. **Bedürftige und vulnerable Gruppen:** Ob die Gemeinden einschätzen können, wie viele Menschen sich im Krisenfall nicht selbst versorgen können und ob detaillierte Informationen über diese Personen (nach spezifischen Bedürfnissen oder Gruppen) vorliegen.
3. **Zusammenarbeit mit Organisationen:** Wie lokale Hilfsorganisationen (z.B. Feuerwehr) an der Lebensmittelversorgung beteiligt sind.
4. **Sicherheit und Ordnung:** Ob es Strategien und Maßnahmen gibt, um Panikkäufe und Plünderungen zu verhindern.
5. **Logistik und Lagerhaltung:** Bewertung verschiedener Lagermöglichkeiten sowie wie die Gemeinde funktionieren würde, wenn als Krisenbevorratung beispielsweise nur Getreide vorhanden wäre.
6. **Finanzielle und organisatorische Anreize:** Beurteilung der Gemeinden, ob Gutscheine für Versorgungspakete als sinnvolles Mittel zur Stärkung der Krisenversorgung angesehen werden.
7. **Lokale Notfallplanung:** Wie gut lokale Lebensmittelvorräte bekannt sind und wie deren Zugang, Verarbeitung und Verteilung im Notfall gesichert werden.

Zusätzlich zur Perspektive der Gemeinden wurde ein Fragebogen für die Bevölkerung konzipiert. Im Rahmen der Gespräche mit den Gemeinden wurde auch deren Einschätzung zu den geplanten Fragestellungen für die Bevölkerung eingeholt.

2.2 Online-Umfrage

Ursprünglich war vorgesehen, die Haushaltsbefragung über die jeweiligen Fallbeispielgemeinden durchzuführen. Dieser Ansatz erwies sich jedoch als nicht umsetzbar, insbesondere da es in Linz nicht möglich war, externe Umfrage über die Stadtverwaltung zu verteilen. Aus diesem Grund wurde entschieden, die Online-Umfrage mit dem in LimeSurvey vom Projektkonsortium erstellten Fragebogen über einen unabhängigen Panel-Provider durchführen zu lassen.

Die Umfrage zielt dabei darauf ab, ein besseres Verständnis dafür zu gewinnen, wie gut die Bevölkerung auf mögliche Versorgungsengpässe vorbereitet ist und welche Faktoren ihre Resilienz beeinflussen. Neben Informationen über die Zusammensetzung der Haushalte, den Umgang mit Vorsorge sowie Einstellungen und Herausforderungen, die eine ausreichende Vorbereitung fördern oder erschweren wurden konkret Mengen an bevorrateten Lebensmitteln auf Basis der in AP3 als wesentlich identifizierten Produkte abgefragt. Auf dieser Grundlage lassen sich Ansatzpunkte identifizieren, um die Versorgungssicherheit und Resilienz der Bevölkerung gezielt zu stärken.

Die Umfrage wurde vom Projektteam in LimeSurvey erstellt, intensiven Pre-Tests unterzogen und von einem Panel-Provider in einer von 19.11.2025 – 3.12.2025 dauernden Feldphase durchgeführt. Dabei wurde die Einladung zur Umfrage täglich - auch am Wochenende - und zu verschiedenen Tageszeiten ausgesendet, um die Teilnahme verschiedener Personen, unabhängig von Beruf und Lebensrealität, zu ermöglichen. Dadurch wurde - neben der vereinbarten demographischen Repräsentativität - auch eine vollständigere Abbildung der öffentlichen Meinung zum erforschten Thema gewährleistet. Repräsentativität in der Stichprobe (n=1000) ist dabei hinsichtlich Haushaltsgröße und Bundesland gegeben (entsprechende Gewichtungsfaktoren in Abstimmung mit aktuellen Daten der Statistik Austria wurden dafür inkludiert). Responses, die die Qualitätskriterien von Vollständigkeit, Plausibilität der Beantwortungsdauer bzw. Plausibilität der Mengenangaben nicht erfüllten wurden dabei bereits ausgeschlossen.

3 Ergebnisse

Die Ergebnisse der Datenrecherche und Interviews zu den Fallbeispielgemeinden sowie der österreichweiten Umfrage sind nachfolgend im Detail dargestellt.

3.1.1 Daten zu den Fallbeispielgemeinden

Statistische Daten zu den beiden Fallbeispielgemeinden sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

Tabelle 1: Statistische Daten zu den Fallbeispielgemeinden von <https://www.statistik.at/atlas/blick/> [abgerufen 15.12.2025] sowie https://www.statistik.at/atlas/?mapid=topo_stadt_land [abgerufen 26.01.2026]

	St. Martin	Linz
Gemeindekennziffer	30932	40101
Bezirk	Gmünd	Linz
Bundesland	Niederösterreich	Oberösterreich
Fläche [ha]	4932,76	9598,88
Urban-Rural-Typologie	420 (Ländlicher Raum, intermediär)	101 (Urbane Großzentren)
davon Waldfläche [ha]	2829,43 (57,4%)	1658,08 (17,3%)
davon landw. Nutzfl. [ha]	1897,29 (38,5%)	1965,77 (20,5%)
davon Gärten [ha]	--	1549,14 (16,1%)
Bevölkerung per 1.1.2025	1061	213557
Bevölkerungsdichte [EW/ha]	0,22	22,25
Arbeitsstätten per 31.10.2023	127	17271
Beschäftigte per 31.10.2023	245	197728
Haushalte per 31.10.2023	408	106972
durchschn. Haushaltgröße	2,63	1,93
Zahl der Gebäude per 31.10.2023	507	23968
davon mit 1-2 Wohnungen	460 (90,7%)	9913 (41,4%)
Struktur der Landwirtschaft Stand 2020	130 land- und forstwirtschaftliche Betriebe davon 41 Biobetriebe 30,77% als Haupterwerb	149 land- und forstwirtschaftliche Betriebe davon 18 Biobetriebe 16,78% als Haupterwerb
Betriebe Stand 31.10.2021	30 Betriebe mit 2-19 Beschäftigten 2 Betriebe mit 20-49 Beschäftigten 5 Betriebe in der Herstellung von Waren	6.993 KMU (exkl. EPU) 100 Großbetriebe mit >250 Beschäftigten 535 Betriebe in der Herstellung von Waren

Die ländliche Gemeinde St. Martin ist stark land- und forstwirtschaftliche geprägt (knapp 96% der Gemeindefläche). Vorwiegend gibt es Ein-(und Zwei-)Familienhäuser (knapp 91% aller Gebäude). Die Bevölkerungsdichte ist mit 0,22 Einwohner:innen (EW) pro Hektar (ha) dementsprechend niedrig, aber selbst bei Reduktion der herangezogenen Fläche um den land- und forstwirtschaftlich genutzten Anteil liegt die Bevölkerungsdichte immer noch bei nur etwa 5 EW/ha.

Für Linz als urbanes Großzentrum ist der Anteil der land- und forstwirtschaftlichen Fläche im Gemeindegebiet mit knapp 38% deutlich geringer als im ländlichen St. Martin und auch der Anteil von Ein- und

Zweifamilienhäusern beträgt nur etwa 41% der Gebäude. Die Bevölkerungsdichte ist mit 22,25 EW/ha deutlich höher als in St. Martin. Wird auch in Linz nur die Fläche herangezogen, die nicht land- und forstwirtschaftlich genutzt wird, so ist die sich somit ergebende Bevölkerungsdichte mit gut 35 EW/ha im Siedlungsbereich immer noch sieben Mal so hoch wie in St. Martin.

3.1.2 Krisenvorbereitung und Umgang mit Krisen in den Fallbeispielgemeinden

Die beiden Gemeinden St. Martin und Linz unterscheiden sich deutlich in ihrer Vorbereitung und ihren Strategien zur Bewältigung von Krisen mit eingeschränkter Lebensmittelversorgung. St. Martin setzt dabei stark auf informelle, gemeinschaftsbasierte Strukturen, während Linz auf professionell organisierte und institutionalisierte Prozesse zurückgreift.

Im Bereich des Krisenmanagements und der Planung beruht St. Martin stark auf dem sozialen Zusammenhalt innerhalb der Bevölkerung sowie auf einem informellen Netzwerk von Vertrauenspersonen, die im Krisenfall den Bürgermeister unterstützen. Die Haushalte verfügen über signifikante Eigenvorräte, Trinkwasser ist für mindestens zwei Wochen gesichert, und lokale landwirtschaftliche Betriebe besitzen Notstromaggregate und Treibstoffreserven. Linz hingegen verfügt als österreichische Vorreiterstadt über einen formal ausgearbeiteten Blackout-Plan mit 16 Infopoints als Informationsdrehscheiben in allen Stadtteilen. Die Versorgung mit Strom, Wasser und Abwasser wird durch die Linz AG abgesichert, und ein professionell besetzter Krisenstab aus Stadtsenat und Branddirektion übernimmt im Ernstfall die Koordination. Kommunikations- und Tankstelleninfrastruktur für Einsatzkräfte sind technisch abgesichert.

Auch beim Umgang mit vulnerablen Gruppen zeigen sich Unterschiede: In St. Martin sind die wenigen Personen, die im Krisenfall Unterstützung bräuchten, den lokalen Vertrauenspersonen und sozialen Diensten wie Hilfswerk oder Volkshilfe bekannt. Die Versorgung würde stark über nachbarschaftliche Solidarität erfolgen. Linz hingegen verfügt über systematisch erfasste Daten aus diversen sozialen Diensten und weiß, wie viele Mahlzeiten im Krisenfall benötigt würden. Aufgrund der Stadtgröße besteht jedoch das Risiko, dass Personen ohne Anbindung an Betreuungssysteme übersehen werden.

Die Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen ist in beiden Gemeinden zentral, jedoch unterschiedlich strukturiert. In St. Martin übernimmt die Feuerwehr eine tragende Rolle sowohl bei der Versorgung als auch bei der Organisation des Krisenbetriebs im Dorfzentrum, das mit Notstrom und eigener Küche ausgestattet ist. In Linz bildet die Berufsfeuerwehr zusammen mit vier weiteren Freiwilligen Feuerwehren das Rückgrat der Notfallbewältigung, unterstützt durch Polizei, Linz AG und Sozialorganisationen.

Deutlich stärker divergieren die Ansichten zu Sicherheit und Ordnung. St. Martin geht aufgrund bisheriger Erfahrungen davon aus, dass Hamsterkäufe oder Plünderungen kein signifikantes Problem darstellen werden, auch wenn einzelne Missbrauchsfälle bekannt sind. Linz hingegen erwartet nach einigen Tagen eine deutlich kritischere Lage mit potenziellen Plünderungen und Unruhen. Die Stadt verfügt nur über einen unbewaffneten Ordnungsdienst und ist daher auf Polizei und Bundesheer angewiesen, um zentrale Einrichtungen wie das Rathaus oder Versorgungsknoten zu schützen.

Im Bereich Logistik und Lagerhaltung vertraut St. Martin auf die Fähigkeit der Bevölkerung und regionaler Landwirtschaft, sich langfristig selbst zu versorgen. Zentrale Lagerlösungen werden skeptisch gesehen, da Tierfutter und Getreide in ausreichenden Mengen vorhanden sind und im Krisenfall sogar neu angebaut werden könnten. Linz hingegen verfolgt eine logistisch orientierte Strategie, die auf städtische Transportkapazitäten, gut erreichbare Zentrallager und vorhandene Verarbeitungsstrukturen wie Mühlen und Bäckereien setzt. Gleichzeitig sieht die Stadt die Notwendigkeit unangekündigter Kontrollen im Lebensmittelhandel.

Auch bei finanziellen und organisatorischen Anreizen zur Krisenvorsorge zeigen sich Unterschiede: St. Martin hält Gutscheine für Versorgungspakete für wenig sinnvoll und setzt eher auf Bewusstseinsbildung, Wissenstransfer und traditionelle Verarbeitungskompetenzen. Linz sieht in solchen Gutscheinen ein mögliches, jedoch limitiertes Instrument, das nur einen kleinen Teil der Bevölkerung motivieren könnte, und priorisiert stattdessen Sensibilisierungskampagnen zur individuellen Vorsorge.

In der lokalen Notfallplanung kennt St. Martin seine regionalen Vorräte gut und verfügt mit Feuerwehr, Gemeinschaftsküche und holzbefeuerten Haushalten über konkrete Strukturen zur Lebensmittelverarbeitung und -verteilung. Linz hingegen hat aktuell wenig Überblick über verfügbare Vorräte und setzt stark auf zivilgesellschaftliche Selbstorganisation. Koch- und Verarbeitungskapazitäten sind kaum organisiert, und Überlegungen zur besseren Informationslage befinden sich noch im Aufbau.

Insgesamt zeigt die Gegenüberstellung, dass St. Martin über stark gemeinschaftsorientierte, lokal verankerte und ressourcennahe Resilienzstrukturen verfügt, während Linz auf ein breites institutionelles Netz, technische Infrastruktur und formalisierte Notfallplanung angewiesen ist. Beide Wege bieten spezifische Stärken, spiegeln aber die unterschiedlichen Anforderungen einer kleinen Gemeinde und einer Großstadt deutlich wider.

Bezugnehmend auf die Punkte in Kapitel 2.1 ist in Tabelle 2 ein Kurzfazit dargestellt.

Tabelle 2: Kurzfazit aus den Fallbeispielen

Bereich	St. Martin	Linz
Krisenmanagement	<i>Gemeinschaftlich, informell, lokal</i>	<i>Formal, technisch, institutionell</i>
Vulnerable Gruppen	<i>Persönlich bekannt</i>	<i>Systematisch erfasst, aber komplex</i>
Organisationen	<i>Feuerwehr + Dorfzentrum</i>	<i>Feuerwehr + Polizei + städtische Dienste</i>
Sicherheit	<i>Vertrauen, geringe Risiken</i>	<i>Rechnet mit Unruhen, Polizei/Heer notwendig</i>
Logistik	<i>Landwirtschaft & Vorräte</i>	<i>Logistiksysteme & Zentrallager</i>
Anreize	<i>Fokus Wissen</i>	<i>Fokus Sensibilisierung</i>
Notfallplanung	<i>Sehr gute Kenntnis lokaler Ressourcen</i>	<i>Wenig Überblick, Selbstorganisation</i>

3.1.3 Bevorratungssituation in österreichischen Haushalten

Aus der Umfrage in österreichischen Haushalten hat sich gezeigt, dass die Bekanntheit der Empfehlungen des Österreichischen Zivilschutzverbandes hinsichtlich Lebensmittelvorräten bei 44% liegt und sich ca. 1/4 nicht sicher ist. Wesentlich ist aber, dass 1/3 der Befragten angegeben hat, diese Empfehlungen nicht zu kennen (siehe Abbildung 1).

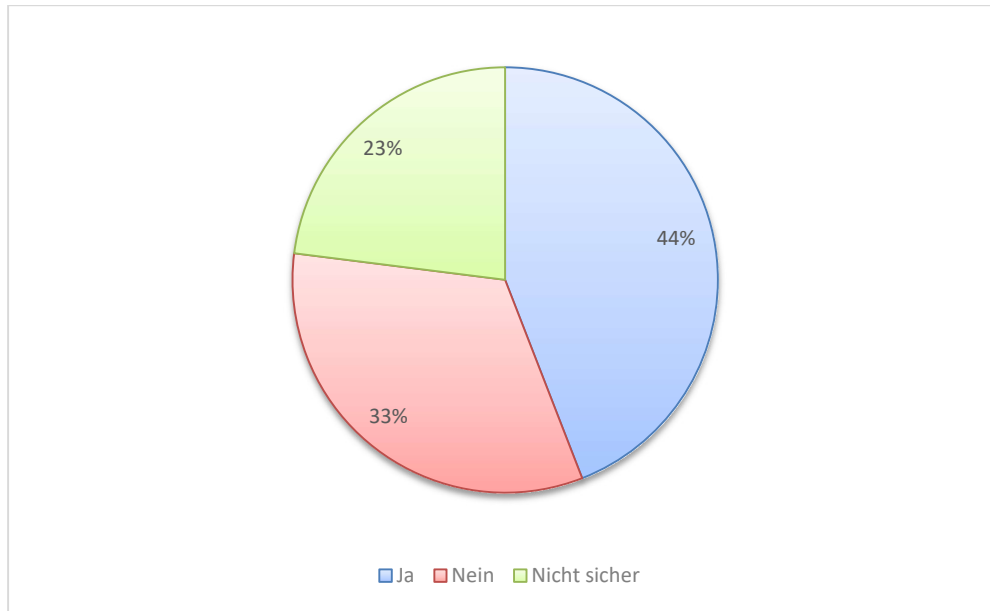


Abbildung 1: Bekanntheit der Empfehlungen des Österreichischen Zivilschutzverbandes hinsichtlich Lebensmittelvorräten

Die Frage zur Selbsteinschätzung, für wie lange Lebensmittelvorräte im Haushalt vorhanden sind, hat gezeigt, dass knapp 2/3 der Befragten davon ausgehen, nur maximal 1 Woche mit den im Haushalt vorhandenen Lebensmitteln auszukommen. Gut 1/5 hat sogar nur für maximal 3 Tage Lebensmittelvorräte gelagert (siehe Abbildung 2).

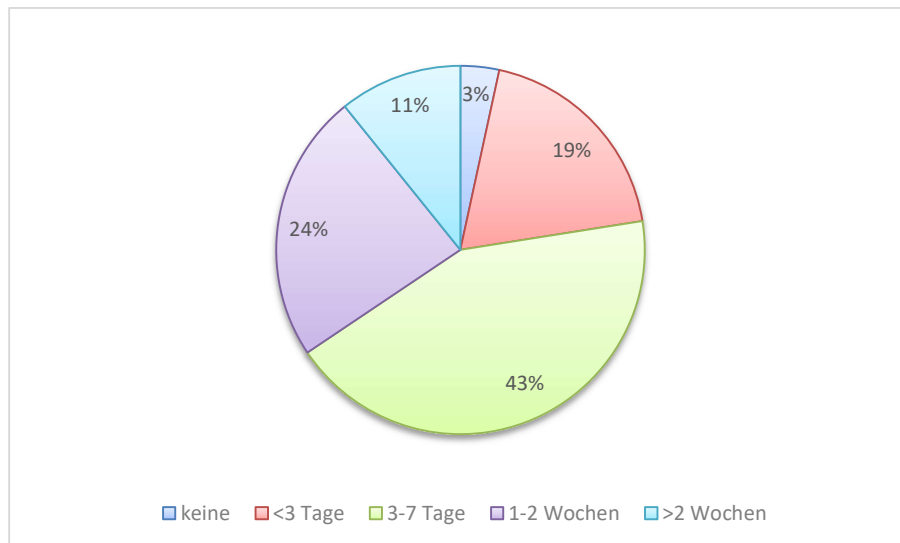


Abbildung 2: Selbsteinschätzung zur Reichweite der im Haushalt vorhandenen Lebensmittel

Abbildung 3 belegt die Schlüsse aus den Fallstudien, dass die Reichweite der Lebensmittelvorräte in den Haushalten zunimmt, je ländlicher die Wohnorte sind.

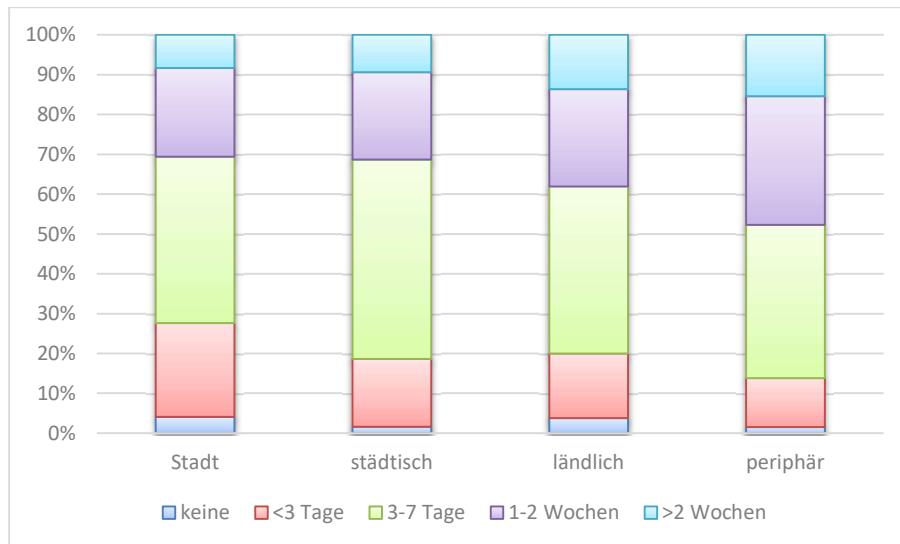


Abbildung 3: Reichweite der Lebensmittelvorräte je Siedlungstyp

Tendenziell werden auch mehr Lebensmittelvorräte in Einfamilienhäusern angelegt als in Wohnungen (siehe Abbildung 4).

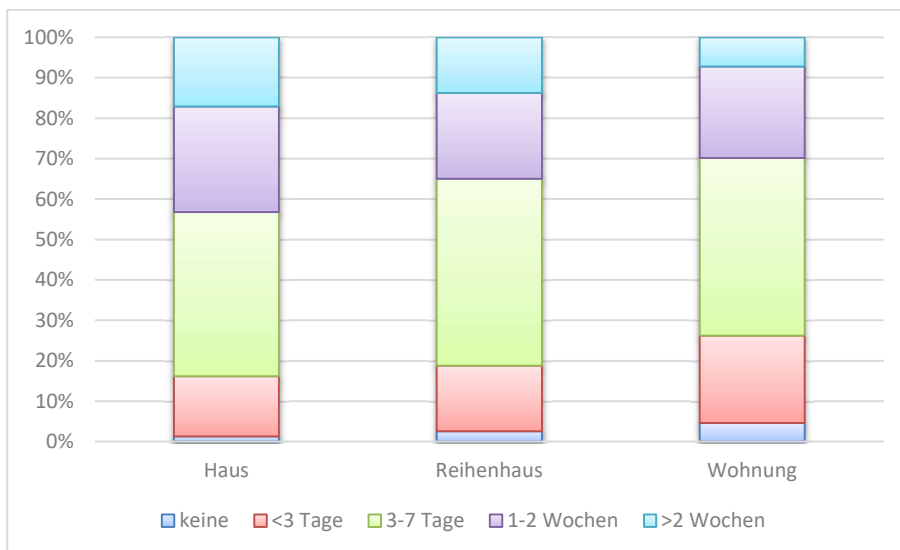


Abbildung 4: Reichweite der Lebensmittelvorräte nach Wohnform

Personen, die angegeben haben, nur für maximal 7 Tage Lebensmittelvorräte im Haus zu haben, wurde auch hinsichtlich Zutreffens möglicher Gründe dafür befragt. Dabei zeigt sich, dass es weniger an mangelnder Zeit liegt, sondern an fehlenden Informationen. Auch fehlender Platz und hohe Kosten sind durchaus Gründe, auf größere Lebensmittelvorräte zu verzichten (siehe Abbildung 5).

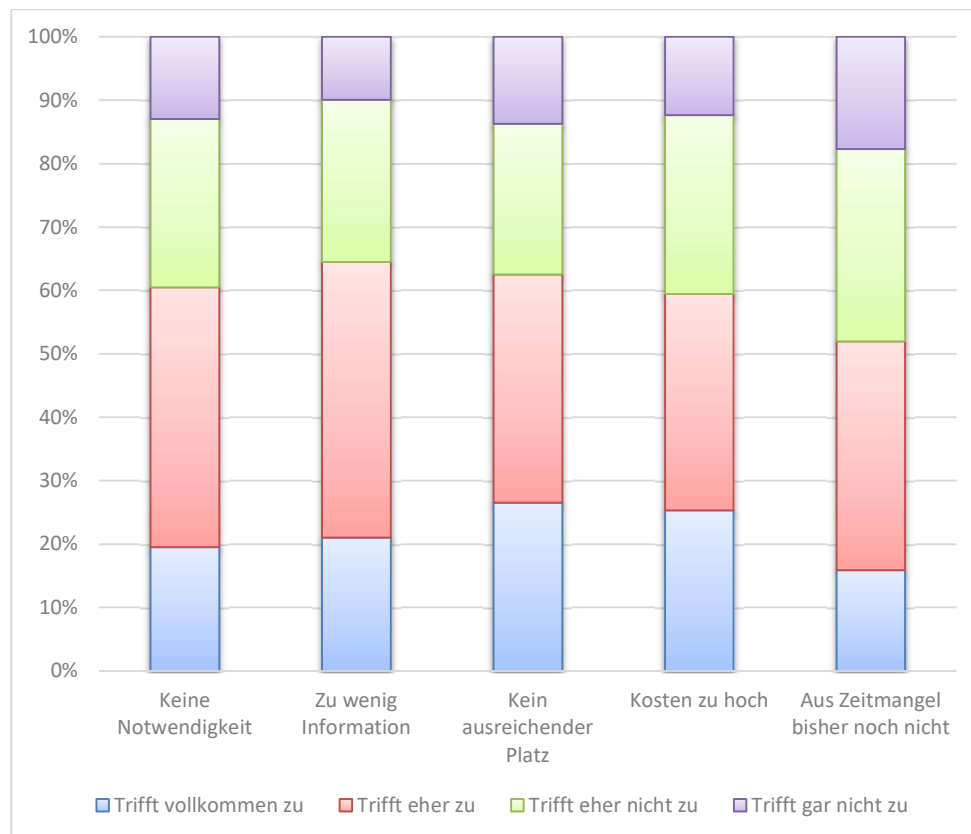


Abbildung 5: Gründe für wenig Lebensmittelbevorratung

Ein Blick auf die in den Haushalt vorhandenen Lebensmittelgruppen ergibt, dass in gut 80% der befragten Haushalte Reis und Eierteigwaren bevorratet sind, dicht gefolgt von der Gruppe Mehl/Getreide sowie Fertiggerichte. Eher wenig bevorratet sind Hülsenfruchte und Kondens- und Haltbarmilch. Auffallend ist, dass in weniger als der Hälfte der Haushalte Wasser in Flaschen auf Vorrat vorhanden ist. Trinkwasser war zwar im gegenständlichen Projekt nicht im Fokus, dieses Ergebnis aus der Umfrage ist dennoch zu beachten (s. Abbildung 6).

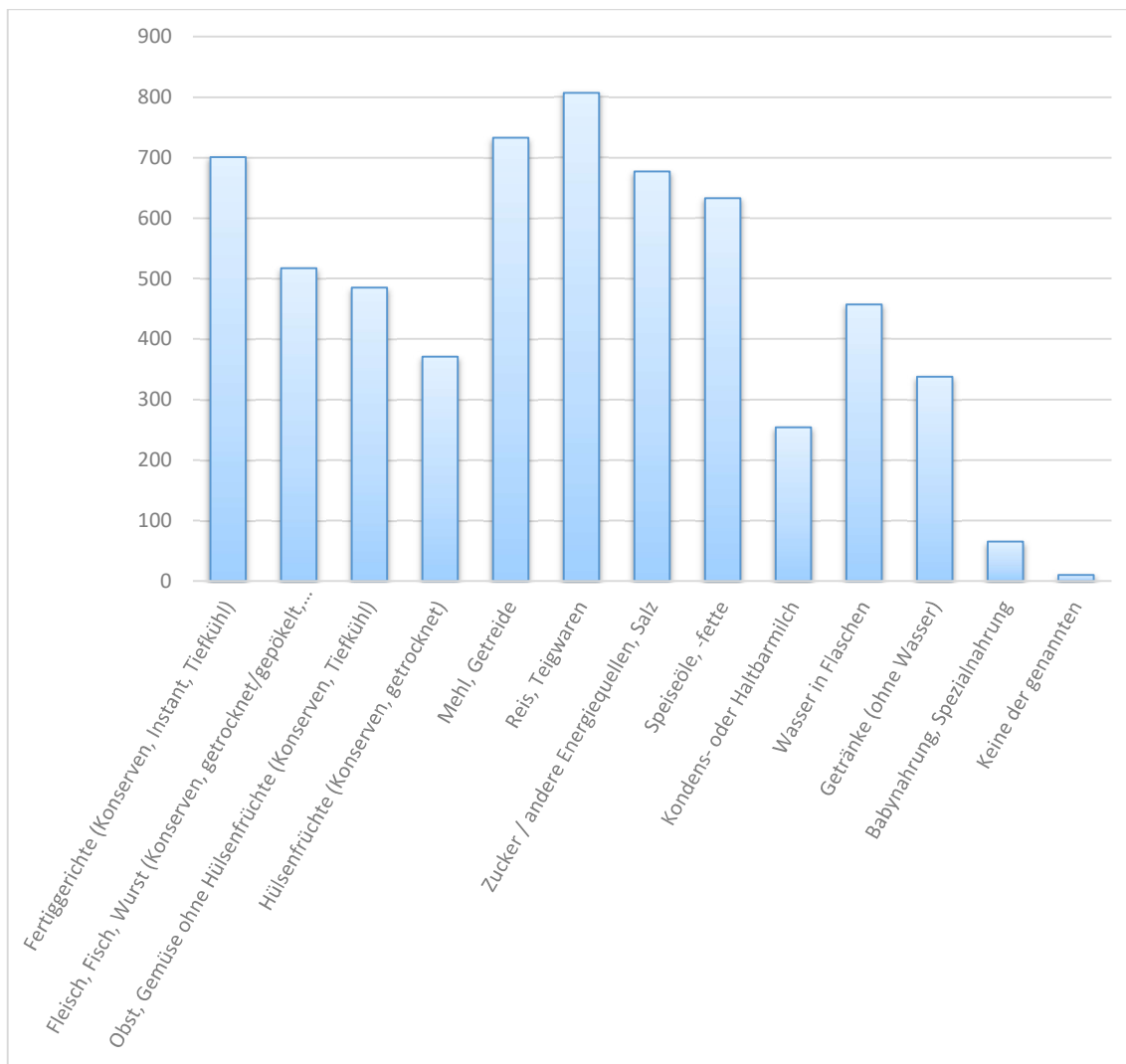


Abbildung 6: Grundsätzlich als Vorrat vorhandene Lebensmittelgruppen in Haushalten

Mengenmäßig zeigt sich, dass in urbanen Gebieten deutlich weniger Lebensmittel bevorratet sind als in ländlichen Regionen (27,8 kg bzw. l versus 36,5 kg bzw. l). Aus Abbildung 7 ist auch die Aufteilung auf die abgefragten Produktgruppen zu entnehmen. Ergänzend dazu zeigt Tabelle 3 eine Gegenüberstellung der bevorrateten Mengen gemäß Umfrage im Gegensatz zu den Empfehlungen des Zivilschutzverbands. Dabei zeigt sich eine deutliche Mehrbevorratung bei Fertiggerichten, dafür sind die Gruppen Gemüse und Haltbarmilch eher wenig bevorratet.

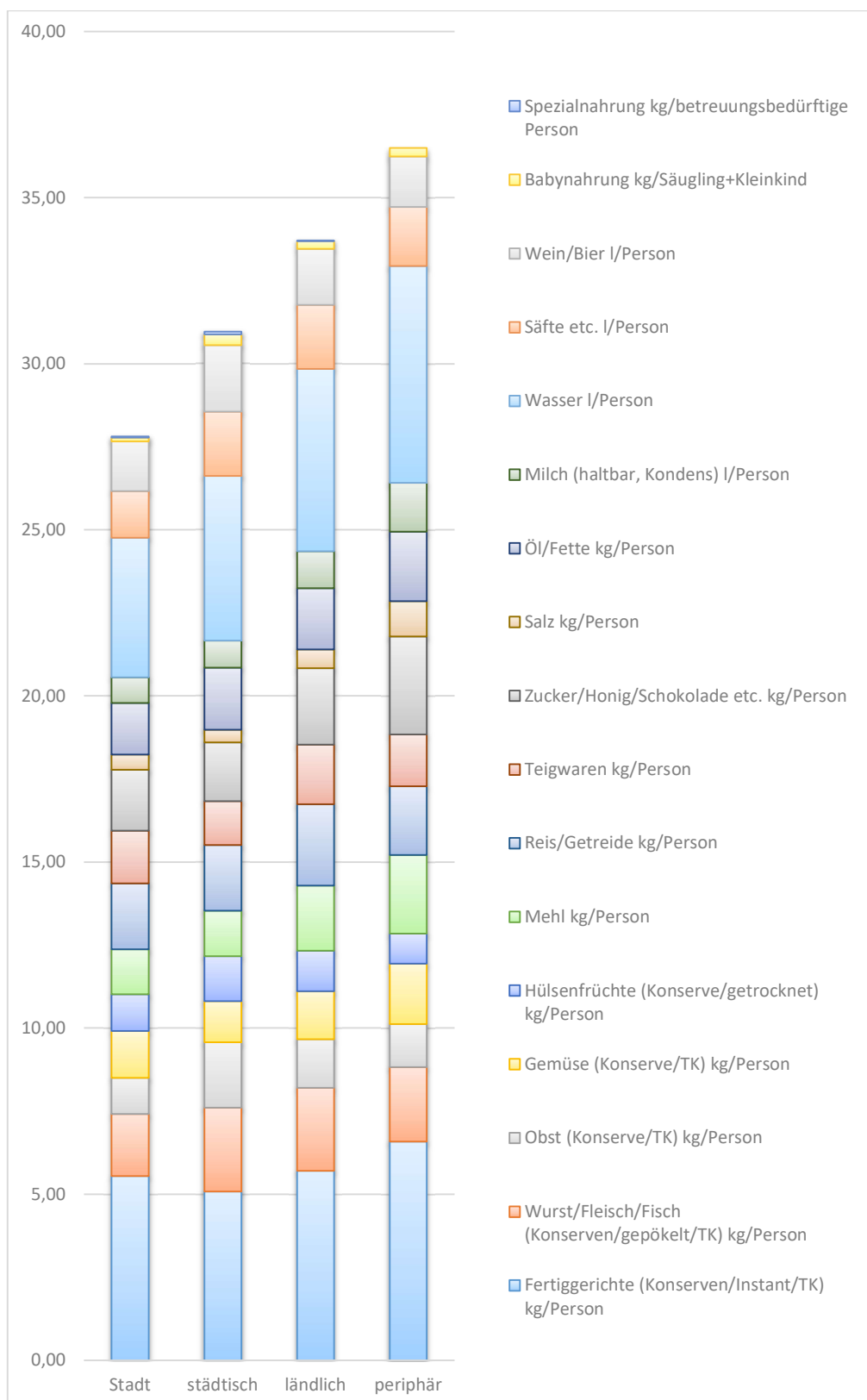


Abbildung 7: Lebensmittelvorräte pro Person in kg bzw. l

Tabelle 3: Gegenüberstellung der Bevorratungssituation aus der Umfrage zu den Empfehlungen des Zivilschutzverbandes

	Werte aus Umfrage je Person im Haushalt				Empfehlung Zivilschutzverband	
	Stadt	städtisch	ländlich	periphar	Je Person u. Woche	Anmerkung
Fertiggerichte (Konserven/Instant/TK) kg/Person	5,54	5,08	5,70	6,58	1,20	
Wurst/Fleisch/Fisch (Konserven/gepökelt/TK) kg/Person	1,87	2,52	2,50	2,24	0,30	Fisch
Obst (Konserven/TK) kg/Person	1,09	1,97	1,46	1,30	0,55	
Gemüse (Konserven/TK) kg/Person	1,41	1,23	1,44	1,82	3,50	
Hülsenfrüchte (Konserven/getrocknet) kg/Person	1,11	1,36	1,22	0,91	0,80	Durchschnitt aus getrocknet und Konserven
Mehl kg/Person	1,35	1,37	1,96	2,36	0,90	Brot/Gebäck
Reis/Getreide kg/Person	1,99	1,97	2,45	2,07	1,00	inkl. Müsli/ Getreideflocken
Teigwaren kg/Person	1,59	1,33	1,79	1,57	1,00	
Zucker/Honig/Schokolade etc. kg/Person	1,83	1,77	2,31	2,94	-	
Salz kg/Person	0,46	0,38	0,57	1,07	-	
Öl/Fette kg/Person	1,55	1,87	1,84	2,09	0,50	
Milch (haltbar, Kondens) l/Person	0,77	0,82	1,11	1,47	3,00	
Wasser l/Person	4,20	4,96	5,50	6,53	21,00	
Säfte etc. l/Person	1,40	1,93	1,93	1,78	2,00	Obst- /Gemüsesäfte
Wein/Bier l/Person	1,50	2,01	1,68	1,52	-	
Babynahrung kg/Säugling+Kleinkind	0,11	0,32	0,23	0,25	2,00	Kombination aus Brei + Gläschen
Spezialnahrung kg/betreuungsbedürftige Person	0,03	0,09	0,01	-	-	
Kartoffel	nicht abgefragt				1	
Nüsse/Samen					0,2	

4 Zusammenfassung

Der Bericht fasst zentrale Ergebnisse aus Fallstudien und einer österreichweiten Haushaltsbefragung zur Vorbereitung auf Krisen mit eingeschränkter Lebensmittelversorgung zusammen. Er entstand im Rahmen des KIRAS-Projekts „Nationale Reserve“, das Entscheidungsgrundlagen für eine mögliche nationale Lebensmittelreserve schaffen soll. Grundlage bilden qualitative Analysen der Gemeinden St. Martin und Linz sowie eine repräsentative Online-Umfrage unter 996 Personen. Ziel ist es, Unterschiede, Herausforderungen und Potenziale kommunaler und individueller Krisenvorsorge sichtbar zu machen.

Die Fallstudien zeigen starke Unterschiede zwischen ländlicher und urbaner Resilienz. St. Martin setzt auf informelle, gemeinschaftsbasierte Strukturen, gute Eigenbevorratung und die regionale Landwirtschaft. Haushalte verfügen meist über Vorräte für mehrere Tage, Trinkwasser gilt als gesichert, und lokale Betriebe halten Notstrom und Treibstoff vor. Die Krisenorganisation erfolgt über Vertrauenspersonen und die Feuerwehr, und die Gemeinde sieht keine größeren Risiken für Hamsterkäufe oder Unruhen.

Linz hingegen arbeitet mit einem formalisierten Blackout-Plan, 16 Infopoints zur Information der Bevölkerung und einer technisch abgesicherten Infrastruktur. Die Versorgung mit Strom und Wasser liegt bei der Linz AG, ein professioneller Krisenstab übernimmt im Ernstfall die Steuerung. Die Stadt rechnet in längeren Krisen mit potenziellen Plünderungen und setzt daher auf Polizei und Bundesheer. Für die Lebensmittelverteilung stehen städtische Transportkapazitäten, mögliche Zentrallager sowie lokale Mühlen und Bäckereien zur Verfügung.

Auch der Umgang mit vulnerablen Gruppen unterscheidet sich: St. Martin kennt diese Personen aufgrund sozialer Nähe, während Linz auf systematische Verwaltungsdaten zurückgreift, jedoch Lücken befürchtet. In der lokalen Notfallplanung verfügt St. Martin über ein gutes Wissen zu verfügbaren Vorräten und funktionale Strukturen wie eine Gemeinschaftsküche, während Linz hier noch wenig Überblick hat und stark auf Selbstorganisation setzt.

Die österreichweite Haushaltsbefragung zeigt deutliche Vorsorgelücken: Nur 44 % kennen die Empfehlungen des Zivilschutzverbands, zwei Drittel verfügen über Vorräte für maximal eine Woche, ein Fünftel für höchstens drei Tage. Ländliche Haushalte und Einfamilienhäuser sind deutlich besser vorbereitet als städtische und Wohnungsnutzer. Gründe für geringe Vorräte sind vor allem fehlende Information, Platzmangel und Kosten. Bevorratet werden vor allem Reis, Teigwaren, Mehl und Fertiggerichte; wenig vorhanden sind Gemüsekonserven, Haltbarmilch und insbesondere Trinkwasser.

Insgesamt zeigt der Bericht, dass ländliche Räume wie St. Martin stärker von lokaler Versorgung und Gemeinschaft profitieren, während städtische Gebiete wie Linz auf institutionelle Strukturen angewiesen sind. Gleichzeitig ist die private Vorsorge in der Bevölkerung generell unzureichend, was die Bedeutung von Information, Bewusstseinsbildung und struktureller Vorsorge auf nationaler Ebene unterstreicht.

Anhang

Ernährungswissenschaftlich berechneter Mindestbedarf

Versorgungszeitraum: 4 Wochen			
Annahme für Berechnungen: Frau, 25 bis 50 Jahre, 63 kg, mittlere körperliche Tätigkeit (PAL-Wert 1,6), gemäß https://www.dge.de/wissenschaft/referenzwerte/energie/			
Lebensmittel und Mengen PRO TAG			
20 g	(2 Portionen)	Vollmilchpulver	Leitprodukte
180 g	(4 Portionen)	Graubrot-Weizenmischbrot	
180 g	(3 Portionen)	Hafer Flocken	
100 g	(1 Hauptspeisenportion)	Eierteigwaren roh	
30 g	(3 EL)	Sonnenblumenöl	
240 g	(1 Dose, abgetropft)	Weißer Bohnen	
115 g	(1 Stk. Mittelgroß)	Apfel roh	
80 g	(1 Stk. Mittelgroß)	Karotte (Mohrrübe, Möhre)	
30 g	(1 Portion)	Rindswurst Konserve	zusätzliche Produkte
5 g	(1 TL)	Speisesalz jodiert	

Supplementierung von Vitamin B2 und Vitamin C empfehlenswert

Bei mehr als 4 Wochen auch Supplementierung der Vitamine B5, B6, B12, einfach ungesättigter Fettsäuren, Calcium und Kalium sinnvoll